

Wie der Kosovo-Konflikt begann

Kjell Magnusson

In den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg unterstand die Provinz Kosovo mehr oder weniger der direkten Kontrolle Belgrads. Die serbokroatische Sprache dominierte das öffentliche Leben, und die Albaner waren in der Wirtschaft und in der staatlichen Verwaltung stark unterrepräsentiert. Auch im Parteiapparat und auf föderaler Ebene spielten sie nur eine unbedeutende und »symbolische« Rolle.

Im Juli 1966 veränderte sich die Lage im Kosovo spürbar. Der Abgang der jugoslawischen Regierung mit dem Vizepräsidenten Aleksandar Rankovic machte den Weg frei für eine Reformpolitik, die auch die Selbständigkeit der jugoslawischen Teilstaaten betonte. In dieser neuen Lage forderten führende albanische Politiker und Intellektuelle eine Neudefinition des Status des Kosovo und bestanden darauf, daß die Provinz die Stellung einer jugoslawischen Republik erhalten sollte. Am 27. November 1968 fanden in Priština und anderen Städten gewaltsame Studentendemonstrationen statt, auf denen wirtschaftlichen Verbesserungen, die Erweiterung nationaler Rechte und eine eigene Universität gefordert wurden.

In Frühjahr 1969 wurde die jugoslawische Verfassung zugunsten der Provinzen und autonomen Gebiete verändert: Diese sollten nun in den föderalen Organen der Föderation den sozialistischen Republiken gleichgestellt und entsprechend repräsentiert werden. Gleichzeitig wurde der Name der Provinz von »Kosovo und Methoijsa« in »Kosovo« geändert, was den albanischen Charakter des Gebiets unterstrich – insbesondere wenn die Bezeichnung »Kosova« benutzt wurde.

Durch die Veränderungen von 1969, die in der neuen Verfassung von 1974 ihre Bestätigung fanden, wurden die autonomen Gebiete eigenständige Teile der jugoslawischen Föderation, anstatt nur wie bisher untergeordnete Einheiten innerhalb der Republik Serbien zu sein. Dies hatte eine radikale Veränderung der Politik und des Alltagslebens im Kosovo zur Folge. Die Kosovo-Albaner begannen, die Parteiorganisationen, die Verwaltung und die politischen Institutionen zu übernehmen. Albanisch wurde die dominierende Sprache. In Priština wurde 1969/70 eine Universität eingerichtet, die bald zur

drittgrößten Jugoslawiens heranwuchs und eine große Anzahl akademischer Spezialisten ausbildeten, insbesondere in den Gesellschafts- und Geisteswissenschaften. Desweiteren widmete sich die 1977 neu gestiftete Wissenschaftsakademie des Kosovo intensiv der albanischen Geschichte, Sprache und Volkskultur. Man verlegte Belletristik und wissenschaftliche Zeitschriften in albanischer Sprache, aber auch die albanische Massenkultur erlebte durch Fernsehen, Rundfunk und Presse eine schnelle Entwicklung.

Gleichzeitig jedoch blieb das Kosovo eine höchst segregierte Gesellschaft, in der es kaum zu Vermischung zwischen Kosovaren und Serben kam. Die Bereitschaft der Albaner zu Mischgruppen und beschränkte sich vor allem auf Türken und mazedonisch oder serbokroatisch sprechende Muslime.

Soziale und ethnische Spannungen

Auch wenn die Provinz rein formal keine Republik war, kann man das Kosovo der siebziger Jahre im wesentlichen als eine Art albanisches Staatsgebilde innerhalb der Grenzen Jugoslawiens bezeichnen. Was entsprechend der Verfassung von 1974 die autonomen Provinzen von den sozialistischen Republiken unterschied, war eigentlich nur die Tatsache, daß die ersteren kein formelles Recht hatten, aus der jugoslawischen Föderation auszutreten. Dies war ein für den Titoismus typischer Kompromiß, der keinen der Beteiligten zufriedenstellte.

Die serbische und montenegrinische Minderheit im Kosovo befand sich in einer Lage, die man mit der der englischsprachigen von Quebec in Kanada vergleichen könnte. Im Gegensatz zu ihrer früheren, dominierenden Stellung im politischen und wirtschaftlichen Leben mußte sie sich jetzt damit abfinden, daß sich das kulturelle Umfeld und Alltagsleben drastisch veränderte. Viele Serben und Montenegriner zogen es in dieser Situation vor, die Provinz zu verlassen. Die Ursachen der serbischen Auswanderung gehörten zu den großen Streitpunkten in der jugoslawischen Politik der achtziger Jahre. Die Serben selbst behaupteten, daß sie aufgrund von Drangsalierungen und systematischen Verfolgungen zur Flucht gezwungen wurden, während die Albaner ihrerseits die sozio-ökonomischen Faktoren als entscheidend ansahen. Beide Seiten hatten recht: Es gab genügend Gründe, sowohl ökonomischer wie auch sozialer Natur, auszuwandern. Ansonsten wäre es schwer zu erklären, warum gerade die Serben in so großer Zahl die Provinz verließen.

Die Serben bekamen immer größere Schwierigkeiten, sich auf dem Arbeitsmarkt zu behaupten, auf dem Zweisprachigkeit gefordert war, da sie in der Regel des Albanischen nicht mächtig waren. Sie erlebten außerdem das neue albanische Selbstbewußtsein als eine Bedrohung und sahen in der mehrheitlich albanischen Umgebung keine Zukunftsperspektiven mehr für sich und ihre Kinder. Insbesondere in den Städten stieg die albanische Dominanz stark an. 1961 belief sich der Anteil der Serben an der Stadtbevölkerung Prištinas auf 38 Prozent, zwanzig Jahre später betrug er nur noch 19 Prozent.

Die Ereignisse von 1981

Im Frühjahr 1981 brachen im Kosovo schwere Unruhen aus, die sich zu einem allgemeinen Volksaufbruch entwickelten. Was als Studentenprotest in Priština begann und sich in erster Linie gegen die einheimische Politikerklasse richtete, erhielt bald einen nationalistischen Charakter, zusammengefaßt in der Forderung nach einer »Republik Kosovo«. Dies war der schwerste Konflikt im Nachkriegs-Jugoslawien, und die Obrigkeit erlangte nur unter massivem Einsatz von Polizei- und Militärkräften aus dem übrigen Jugoslawien die Kontrolle über die Provinz.

Es zeigte sich bald, daß die Kommunistische Partei Schwierigkeiten hatte, die Krise zu bewältigen. Zwar wollte man einerseits eine Eskalation der Spannungen zwischen Albanern und Serben verhindern, andererseits ging man aber mit Säuberungen und anderen repressiven Methoden gegen eine, wie man meinte, seit langem vorbereitete Konterrevolution vor. Während der Jahre 1981 bis 1988 verurteilte man 1750 Albaner zu Gefängnisstrafen von bis zu fünfzehn Jahren und weitere 7000 Albaner zu Gefängnisstrafen von bis zu zwei Monaten.

Nach den Unruhen von 1981 wurde die Lage der serbischen Minderheit zum beherrschenden Titelthema serbischer Zeitungen. Man verbreitete, die Serben des Kosovo lebten in totaler Rechtlosigkeit und seien der bedrohlichen Umgebung, Unfähigkeit und Willkür der Behörden ausgesetzt. Einige spektakuläre Ereignisse – Morde, Vergewaltigungen, Zerstörungen – und insbesondere Fälle, in denen Priester und Nonnen angegriffen oder Friedhöfe und Kulturdenkmäler geschändet wurden, erzeugten Wut und Haß in der serbischen Öffentlichkeit. Von größerer Bedeutung für das Gefühl der Unsicherheit war jedoch die alltägliche verbitternde Situation in Geschäften und am Arbeitsplatz, auf den Straßen und auf den Dörfern.

drittgrößten Jugoslawiens heranwuchs und eine große Anzahl akademischer Spezialisten ausbildeten, insbesondere in den Gesellschafts- und Geisteswissenschaften. Desweiteren widmete sich die 1977 neu gestiftete Wissenschaftsakademie des Kosovo intensiv der albanischen Geschichte, Sprache und Volkskultur. Man verlegte Belletristik und wissenschaftliche Zeitschriften in albanischer Sprache, aber auch die albanische Massenkultur erlebte durch Fernsehen, Rundfunk und Presse eine schnelle Entwicklung.

Gleichzeitig jedoch blieb das Kosovo eine höchst segregierte Gesellschaft, in der es kaum zu Vermischung zwischen Kosovaren und Serben kam. Die Bereitschaft der Albaner zu Mischehen war geringer als in den anderen jugoslawischen Volksgruppen und beschränkte sich vor allem auf Türken und mazedonisch oder serbokroatisch sprechende Muslime.

Soziale und ethnische Spannungen

Auch wenn die Provinz rein formal keine Republik war, kann man das Kosovo der siebziger Jahre im wesentlichen als eine Art albanisches Staatsgebilde innerhalb der Grenzen Jugoslawiens bezeichnen. Was entsprechend der Verfassung von 1974 die autonomen Provinzen von den sozialistischen Republiken unterschied, war eigentlich nur die Tatsache, daß die ersteren kein formelles Recht hatten, aus der jugoslawischen Föderation auszutreten. Dies war ein für den Titoismus typischer Kompromiß, der keinen der Beteiligten zufriedenstellte.

Die serbische und montenegrinische Minderheit im Kosovo befand sich in einer Lage, die man mit der der englischsprachigen von Quebec in Kanada vergleichen könnte. Im Gegensatz zu ihrer früheren, dominierenden Stellung im politischen und wirtschaftlichen Leben mußte sie sich jetzt damit abfinden, daß sich das kulturelle Umfeld und Alltagsleben drastisch veränderte. Viele Serben und Montenegriner zogen es in dieser Situation vor, die Provinz zu verlassen. Die Ursachen der serbischen Auswanderung gehörten zu den großen Streitpunkten in der jugoslawischen Politik der achtziger Jahre. Die Serben selbst behaupteten, daß sie aufgrund von Drangsalierungen und systematischen Verfolgungen zur Flucht gezwungen wurden, während die Albaner ihrerseits die sozio-ökonomischen Faktoren als entscheidend ansahen. Beide Seiten hatten recht: Es gab genügend Gründe, sowohl ökonomischer wie auch sozialer Natur, auszuwandern. Ansonsten wäre es schwer zu erklären, warum gerade die Serben in so großer Zahl die Provinz verließen.

Die Serben bekamen immer größere Schwierigkeiten, sich auf dem Arbeitsmarkt zu behaupten, auf dem Zweisprachigkeit gefordert war, da sie in der Regel des Albanischen nicht mächtig waren. Sie erlebten außerdem das neue albanische Selbstbewußtsein als eine Bedrohung und sahen in der mehrheitlich albanischen Umgebung keine Zukunftsperspektiven mehr für sich und ihre Kinder. Insbesondere in den Städten stieg die albanische Dominanz stark an. 1961 belief sich der Anteil der Serben an der Stadtbevölkerung Prištinas auf 38 Prozent, zwanzig Jahre später betrug er nur noch 19 Prozent.

Die Ereignisse von 1981

Im Frühjahr 1981 brachen im Kosovo schwere Unruhen aus, die sich zu einem allgemeinen Volksaufbruch entwickelten. Was als Studentenprotest in Priština begann und sich in erster Linie gegen die einheimische Politikerklasse richtete, erhielt bald einen nationalistischen Charakter, zusammengefaßt in der Forderung nach einer »Republik Kosovo«. Dies war der schwerste Konflikt im Nachkriegs-Jugoslawien, und die Obrigkeit erlangte nur unter massivem Einsatz von Polizei- und Militärkräften aus dem übrigen Jugoslawien die Kontrolle über die Provinz.

Es zeigte sich bald, daß die Kommunistische Partei Schwierigkeiten hatte, die Krise zu bewältigen. Zwar wollte man einerseits eine Eskalation der Spannungen zwischen Albanern und Serben verhindern, andererseits ging man aber mit Säuberungen und anderen repressiven Methoden gegen eine, wie man meinte, seit langem vorbereitete Konterrevolution vor. Während der Jahre 1981 bis 1988 verurteilte man 1750 Albaner zu Gefängnisstrafen von bis zu fünfzehn Jahren und weitere 7000 Albaner zu Gefängnisstrafen von bis zu zwei Monaten.

Nach den Unruhen von 1981 wurde die Lage der serbischen Minderheit zum beherrschenden Titelthema serbischer Zeitungen. Man verbreitete, die Serben des Kosovo lebten in totaler Rechtlosigkeit und seien der bedrohlichen Umgebung, Unfähigkeit und Willkür der Behörden ausgesetzt. Einige spektakuläre Ereignisse – Morde, Vergewaltigungen, Zerstörungen – und insbesondere Fälle, in denen Priester und Nonnen angegriffen oder Friedhöfe und Kulturdenkmäler geschändet wurden, erzeugten Wut und Haß in der serbischen Öffentlichkeit. Von größerer Bedeutung für das Gefühl der Unsicherheit war jedoch die alltägliche verbitternde Situation in Geschäften und am Arbeitsplatz, auf den Straßen und auf den Dörfern.

Ethnische Mobilmachung unter den Serben

Während serbische Politiker an verfassungsmäßigen Veränderungen zugunsten des Kosovo arbeiteten, breitete sich zeitgleich unter den Serben und Montenegrinern in der Provinz ein Gefühl aus, verlassen und rechtlos zu sein. Diese Stimmung wuchs in den Jahren 1985 und 1986 zu einer Protestbewegung an, die eine Bedrohung des Regimes in Belgrad und des sozialistischen Systems darstellte. Die Kosovo-Frage mobilisierte in kurzer Zeit große Teile der serbischen Öffentlichkeit und wurde zur wichtigsten Ursache des Nationalismus, der die serbische Gesellschaft am Ende der achtziger Jahre dominieren sollte. Dadurch geriet der Demokratisierungsprozeß, der Serbien seit Beginn des Jahrzehnts gekennzeichnet hatte, ins Stocken.

Die Schwierigkeiten der serbischen Politiker, eine Veränderung der verfassungsmäßigen Stellung des Kosovo zu erarbeiten, sowie die sich zuspitzende Lage in der Provinz machten den Weg frei für Slobodan Milošević. Das Bemerkenswerte am »Staatsstreich« von 1987 und der »antibürokratischen Revolution« Miloševićs 1988-89 ist, daß es ihm gelang, sich des Mißtrauens der Bevölkerung gegenüber der Kommunistischen Partei zu bedienen, um die politischen Eliten in der Vojvodina, in Montenegro und schließlich auch im Kosovo zu stürzen und gleichzeitig die Partei in Serbien an der Macht zu halten.

Im November 1988 schaffte es die serbische Führung mit Hilfe der Jugoslawischen Kommunistischen Partei, die Kosovo-Führer Kaqusa Jashari und Azem Vilasi abzusetzen. Das führte zu Demonstrationen in Priština mit über 100.000 Teilnehmern. Die Unruhen setzten sich mit Streiks in den Trepca-Gruben und schweren Unruhen im März 1989 fort, bei denen 24 Menschen den Tod fanden. Die Ordnung konnte nur mit Hilfe der Jugoslawischen Volksarmee und durch Ausrufung des Ausnahmezustands aufrechterhalten werden.

Offener Konflikt

Ursache der neuerlichen Unruhen war, daß die serbische Führung im März 1989 Veränderungen der Verfassung Serbiens und der autonomen Gebiete durchsetzte. Auf der serbischen Seite gab es eine tiefe Unzufriedenheit darüber, daß das Kosovo, das gemäß der Verfassung Serbiens ein Teil Serbiens war, gleichzeitig de facto den Status einer Republik hatte. Man kritisierte insbesondere, daß Serbien keinen Einfluß im Kosovo hatte (und z.B. 1981 nicht eingreifen konnte), obwohl doch

gleichzeitig die politischen Führungen des Kosovo und der Vojvodina ihr Veto gegen Beschlüsse einlegen konnten, die das übrige Serbien betrafen. Die Ergänzungen zur Verfassung beinhalteten, daß die Republik Serbien wieder die Kontrolle über die militärischen, polizeilichen und Sicherheitsfragen wie auch über das Gerichtswesen im Kosovo erhielt.

Dies reichte der serbischen Führung jedoch nicht aus. Man wollte alle Attribute auslöschen, die faktisch dem Kosovo den Charakter eines unabhängigen Staates verliehen. Eine neue Verfassung hob die weitgehenden politischen Rechte des Kosovo auf und führte die früheren Namen der Provinz »Kosovo und Metohija« mit Stichtag 28. September 1990 wieder ein. Die albanischen Proteste waren massiv. Am 2. Juli, als man in Serbien eine Volksabstimmung über die neue Verfassung durchführte, rief die albanische Mehrheit im Parlament des Kosovo die unabhängige jugoslawische Republik Kosovo aus.

Dies führte dazu, daß die Serben am 5. Juli das kosovarische Parlament auflösten und die kosovarische Regierung zurücktrat. Die Proteste der kosovo-albanischen Bevölkerung und der Öffentlichkeit waren enorm. Im August wurden die Tageszeitung *Rilindja* wie auch die albanischen Radio- und Fernsehsender geschlossen. Als die serbischen Behörden allen staatlichen Angestellten eine Loyalitätserklärung vorlegten, weigerten sich die meisten Albaner, diese zu unterschreiben, was wiederum zu massenhaften Entlassungen bei der Polizei, in der Staatsverwaltung, im Wirtschaftssektor, in der Krankenpflege und im Ausbildungswesen führte. Ein fast einhundertprozentiger albanischer Boykott aller gesellschaftlichen Institutionen sowie eine fast vollständige Trennung der serbischen und albanischen Volksgruppen waren die Folge. Manchmal wird in diesem Zusammenhang behauptet, die Serben hätten die Verwendung der albanischen Sprache an Schulen und Universitäten verboten, was aber nicht ganz korrekt ist. Man forderte, daß derselbe Lehrplan in ganz Serbien gelten und in Belgrad festgelegt werden sollte, was wiederum die Albaner nicht akzeptieren konnten.

Am 7. September 1990 traten 111 albanische Parlamentarier in der Stadt Kacanik zusammen und verabschiedeten eine Verfassung für die Republik Kosovo, die aus Serbien und der jugoslawischen Föderation ausscheiden sollte. Ein Jahr später, am 26. September 1991, gelang es, eine Volksabstimmung durchzuführen, die die vollständige Unabhängigkeit des Kosovo erreichen sollte. Im Oktober erklärte man sich zu einem souveränen Staat und ernannte eine provisorische Regierung. Im Mai 1992 zeigten die Albaner wiederum Stärke, als sie Parlaments- und Präsidentenwahlen anordneten. Die »Demo-

kratische Allianz Kosovo« (LDK) erlangte eine überwältigende Mehrheit. Ihr Vorsitzender, Ibrahim Rugova, erhielt 99 Prozent der Stimmen.

Die Serben behaupten, daß das Kosovo laut der Verfassung von 1990 über kulturelle Autonomie verfügte. Dies ist zwar theoretisch richtig, jedoch ist es auch nachvollziehbar, daß die Kosovaren nicht geneigt waren, ihre sehr weitgehende Selbständigkeit, die sie zwischen 1971 und 1990 wahrgenommen hatten, aufzugeben. Problematisch war überdies, daß die Verfassungsänderungen mit außerordentlich brutalen Methoden und weiteren Erniedrigungen der albanischen Bevölkerung durchgeführt wurden. Der serbischen Seite war es wichtig, klarzustellen, daß die Albaner nichts anderes als eine ethnische Minorität waren. Während es früher z. B. im Kosovo zwei offizielle Sprachen gab, findet heute zwar Albanisch auch bei offiziellen Anlässen neben dem Serbischen Anwendung, aber in der Verfassung existiert die Sprache dem Namen nach nicht.

Zwei parallele Gesellschaften

Im Kosovo entstanden nach 1990 zwei parallele Gesellschaften. Die Serben konnten zwar mit Hilfe großer Polizeikräfte Kosovo und Metohija bis zu einem gewissen Grad kontrollieren. Tatsächlich aber gab es im Kosovo zusehends eigenständige staatliche und kommunale Verwaltungen. Die politischen Institutionen, die Massenmedien, das Gesundheits- und Sozialsystem, das Bildungssystem von der Grundschule bis zur Universität: alles wurde autonom strukturiert. Vor allem baute man eigene Wirtschaftsbeziehungen auf. Albanische Kleinunternehmer, albanische Gastarbeiter und Auswanderer standen für die Versorgung der Bevölkerung ein und zahlten Steuern an die Republik Kosovo.

Der Preis für den albanischen Widerstand war jedoch hoch: Beim Versuch, das Kosovo zu kontrollieren, machten sich die serbischen Sicherheitskräfte vieler Übergriffe schuldig. Seit 1992 fanden immer wieder Razzien in albanischen Dörfern statt mit dem Ziel, illegale Waffendepots auszuheben. Mehrere tausend Familien sind Schätzungen zufolge Opfer dieser oft brutalen Überfälle geworden. Auch Berichte über Mißhandlungen waren nicht selten. Während der Jahre 1990 bis 1997 sollen 75 Albaner ihr Leben infolge serbischer Gewalttaten verloren haben.

Als Folge dieser serbischen Politik wuchs der albanische Widerstand. Kein führender albanischer Politiker konnte sich

eine Zukunft mit Serbien oder Jugoslawien vorstellen. Die Alternativen, die zur Sprache kamen, waren entweder die Selbständigkeit oder eine Vereinigung mit Albanien; entweder direkt oder nach einer Übergangszeit als internationales Protektorat.

Albanische Ziele

Es gab zweierlei Argumente der Albaner: Einerseits war man der Meinung, daß das Kosovo als föderale Einheit innerhalb der Bundesrepublik Jugoslawien das gleiche Recht auf Selbstbestimmung habe wie die jugoslawischen Teilrepubliken. Andererseits hielt man am Prinzip des Rechts auf Selbstbestimmung der Völker und Nationen fest. Dieses Argument war oft gekoppelt an eine Geschichtsauffassung, nach der die Albaner, als Nachkommen der Illyrier, de facto als die Ureinwohner der Provinz galten und nach der es schon immer eine albanische Mehrheit im Kosovo gab.

Die Forderung nach nationaler Unabhängigkeit stand seit 1990 im Vordergrund. Die kosovo-albanischen Führer weigerten sich konsequent, sich auf Handlungen einzulassen, die als implizite Anerkennung des Kosovo als eines Teils Serbiens oder Jugoslawiens gedeutet werden konnten. So nahm man nicht an der Volkszählung von 1991 teil, man boykottierte alle politischen Wahlen und bezog auch zu den Protesten in Serbien 1996/97 keine Position. Hätte Rugova eine andere Linie gewählt und versucht, mit friedlichen Mitteln schrittweise Veränderungen zu bewirken, wäre er möglicherweise erfolgreich gewesen. Die Teilnahme der Albaner des Kosovo an den serbischen Parlamentswahlen hätte sie – wie in Mazedonien – zum Zünglein an der Waage werden lassen.

In fast jeder Kommune des Kosovo, wie auch im Provinzparlament, wäre den Albanern eine Mehrheit sicher gewesen. Damit hätten sie die politische Kontrolle über das Kosovo erlangt, wenn auch keinen eigenen Staat. Milošević und seine Partei hätten die Macht verloren. Statt dessen aber entstand eine eigentümliche Symbiose zwischen Milošević und Rugova: Milošević sicherte der albanische Boykott die Macht und Rugova de facto die Position eines Provinz-Präsidenten.

Eine typisches Beispiel für Rugovas Politik war der Verlauf der Verhandlungen über das Schulsystem. Diese begannen, als Milan Panic im Jahre 1992 Premierminister der Föderation wurde. Auf der jugoslawischen Seite war man hinsichtlich des heiklen Problems der Schullehrpläne zu großen Zugeständnissen bereit, aber die Kosovaren weigerten sich aus prinzipiellen

Gründen, an einer Lösung mitzuwirken. Mehrere bedeutende Kosovo-Führer betonten, den Inhalt der Absprache zwar gutzuheißen. Das Problem war jedoch nicht die Schulfrage als solche, sondern die Tatsache, daß die Annahme eines Lösungsvorschlags beinhaltet hätte, auf die Selbständigkeit zu verzichten.

Während dieser Zeit galt Rugova in aller Welt als der legitime Sprecher der Kosovo-Albaner. Es scheint jedoch, als sei seine »friedliche Reformpolitik« gründlich mißverstanden worden. Obwohl Rugova seine Auffassung zu den grundlegenden Fragen zum Status des Kosovo klar dargestellt hatte, glaubte man in den Hauptstädten des Westens, ihn zu einem Kompromiß mit der serbischen Seite bewegen zu können, wenn diese bereit wäre, die Menschenrechte zu respektieren und eine vernünftige Minderheitenpolitik zu betreiben. Rugova seinerseits schien die Sympathien, auf die er im Westen traf, als Unterstützung für die Selbständigkeit des Kosovo mißzuverstehen. Als Folge vermittelte er der kosovarischen Bevölkerung ein falsches Bild von der Haltung der internationalen Staatengemeinschaft.

Diese potentiell sehr gefährliche Situation wurde nach dem Daytoner Abkommen virulent, als die kosovo-albanische Guerilla entschied, daß die einzige Möglichkeit zur Befreiung des Kosovo in einem intensivierten bewaffneten Kampf liege. Sowohl die internationale Staatengemeinschaft als auch die jugoslawische Führung wie die Politiker des Kosovo ignorierten lange die Aktivitäten und Ziele der Guerilla. Rugova behauptete bis zuletzt, die Guerilla sei eine Erfindung des jugoslawischen Sicherheitsdienstes – ein Wunschdenken, das auch im Westen verbreitet war. Diese übermütige Haltung revidierte Rugova erst, als Exekutionen durch die UÇK auch seine engsten Berater trafen. Rugova verlor gegenüber der UÇK zusehends an Boden.

Die Weltöffentlichkeit neigte dazu, Größe, Stärke und Ziele der Guerilla zu unterschätzen. Die UÇK wurde oft als eine unbedeutende und schlecht bewaffnete Gruppe beschrieben, die erst 1998 ihren Kampf begonnen habe. Auch das serbische Regime zeigte eine nur geringe militärische Präsenz. Es ist bezeichnend, daß energischere Maßnahmen gegen die UÇK erst ergriffen wurden, als die Situation unhaltbar geworden war und die Guerilla das Drenica-Gebiet kontrollierte, die zentralen Straßenverbindungen unterbrach und ihre Angriffe gegen Polizei und Zivilisten forcierte. Lediglich die unabhängige Belgrader Wochenzeitung *Vreme* zeichnete ein realistisches Bild der Entwicklungen.

Die erstaunlich milde Haltung der USA gegenüber der UÇK

bedeutete, daß man, als die militärische Lage im Kosovo sich verschärfte, auch diejenigen Politiker im Stich ließ, die man zuvor als die legitimen Vertreter der Kosovo-Albaner betrachtet hatte. Während des Jahres 1998 hatte es kein albanischer Politiker mehr wagen können, eine Haltung einzunehmen, die den Zielen der UÇK zuwiderlief. Die internationale Öffentlichkeit hielt dennoch stur an ihrer Sichtweise des Konfliktes fest, die vorgab, daß Milošević durch das »Aufheben der (kulturellen) Autonomie des Kosovo« eine Situation geschaffen habe, in der die Kosovaren keine andere Wahl gehabt hätten, als sich für die Unabhängigkeit einzusetzen – auch mit militärischen Mitteln. Der albanische Nationalismus sei, mit anderen Worten, einzig die Folge der serbischen Gewalt.

Dabei ist es eher umgekehrt: Nicht die Gewalt hat den Nationalismus verursacht, sondern der Nationalismus hat zum Ausbruch der Gewalt geführt. Die serbischen Behörden und vor ihnen die der Bundesrepublik Jugoslawien konnten die albanischen Forderungen nach Unabhängigkeit, die zu einem sich beschleunigenden Konflikt und zunehmender Gewalt führten, nicht mehr handhaben.

Letztendlich hat der Konflikt seine Ursache darin, daß zwei Volksgruppen Anspruch auf dasselbe Gebiet erheben. Das Kosovo-Problem wie auch die Konflikte in Jugoslawien im allgemeinen sind die Folge eines verspäteten Nationenbildungsprozesses in einer Region, in der kein nationales Programm verwirklicht werden kann, ohne daß es auf Kosten anderer Völker ginge. Die Bestrebungen nach albanischer Staatenbildung sind zwar an sich legitim und verständlich. Das gilt auch für entsprechende Forderungen von serbischer oder kroatischer Seite. Es ist jedoch leider so, daß sie nicht ohne Blutvergießen verwirklicht werden können. Es gibt keine gerechte oder im tieferen Sinn moralisch akzeptable Lösung. Es ist deshalb äußerst wichtig, daß die internationale Staatengemeinschaft, wenn sie sich schon auf dem Balkan engagiert, um eine friedliche Lösung der Konflikte herbeizuführen, eine konsequente Haltung einnimmt. Hat man einmal »Nein« zu einer Neubestimmung der Grenzen Jugoslawiens nach ethnischen Kriterien gesagt, sollte diese Haltung auch im Falle des Kosovo nicht revidiert werden.

Aus dem Schwedischen übersetzt von
Wolf Elz

Klaus Bittermann ist Autor (kbitte0007@aol.com) und Verleger (www.txt.de/tiamat). Lebt in Berlin. Buchveröffentlichen u.a.: »Geisterfahrer der Einheit. Kommentare zur Wiedervereinigungskrise«, Berlin 1995. »Strandgut der Geschichte«, München 1999.

Thomas Deichmann (Thomas.Deichmann@t-online.de) ist freier Journalist und Chefredakteur der Zeitschrift *Novo* (www.novo-magazin.de). Lebt in Frankfurt am Main. Buchveröffentlichung als Hg.: »Noch einmal für Jugoslawien: Peter Handke«, Frankfurt am Main 1999.

Edition

TIAMAT

Deutsche Erstveröffentlichung

Herausgeber:

Klaus Bittermann

1. Auflage: Berlin, 1999

© Verlag Klaus Bittermann

Grimmstr. 26 — 10967 Berlin

Druck und Bindung: Fuldaer Verlagsanstalt

Buchumschlag unter Verwendung einer Szene aus dem Film

»Dr. Strangelove« von Stanley Kubrick, 1963

ISBN: 3-89320-025-8

**Klaus Bittermann
Thomas Deichmann (Hg.)**

Wie Dr. Joseph Fischer lernte, die Bombe zu lieben

**Die SPD, die Grünen, die Nato und
der Krieg auf dem Balkan**

Mit Beiträgen von:

**Günter Amendt, Mira Beham, David Chandler, Noam
Chomsky, Ernst-Otto Czempel, Wiglaf Droste, Erich
Schmidt-Eenboom, Diana Johnstone, Ernst Lohoff, Arno
Luik, Kjell Magnusson, Wolfgang Michal, Jan Øberg,
Horst Pankow, Wolfgang Pohrt, Sabine Reul, Christian
Y. Schmidt, Georg Seeßlen, Kay Sokolowsky**



**Critica
Diabolis
86**

**Edition
TIAMAT**

INHALT

Vorwort – 7

Wiglaf Droste

Nie wieder Krieg mit Gerhard Schröder und
Joschka Fischer – 9

Wolfgang Pohrt

Make Love Not War – 11

Kjell Magnusson

Wie der Kosovo-Konflikt begann – 17

Horst Pankow

Gestank, Chaos, Grauen

Die blutige Spur des Erich Rathfelder – 26

Wolfgang Pohrt

Das Massengrab im Kosovo – 31

David Chandler

Vom Demokratie-Schwindel in Dayton zur
Demokratie-Abschaffung in Rambouillet – 38

Diana Johnstone

Das Račak-Massaker als Auslöser des Krieges – 52

Jan Øberg

Kanonboot-Diplomatie in Rambouillet – 69

Wolfgang Michal

Orientalische Fragen

Deutschlands Rolle im Kosovo-Krieg – 77

Ernst Lohoff

Nach dem Krieg ist vor dem Krieg
Ideologie und Realität der One World – 85

Ernst-Otto Czempiel

Die NATO als Weltpolizist – 94

Erich Schmidt-Eenboom
Kosovo-Krieg und Interesse
Einseitige Anmerkungen zur Geopolitik – 98

Noam Chomsky
Krieg auf dem Balkan
Die USA und das Völkerrecht – 114

Mira Beham
Chronik eines angeordneten Verbrechens – 121

Christian Y. Schmidt
Die Grünen, die NATO und der Krieg – 133

Günter Amendt
Psychogramm einer neuen Kriegsgeneration – 155

Kay Sokolowsky
Totale: Krieg
Das Fernsehen und sein Bomben-Bankrott – 160

Georg Seeßlen
Kriegsnovelle oder: Wie eine Erzählgemeinschaft für einen
moralischen Krieg erzeugt wird – 169

Sabine Reul
»Wir sind bereit!«
Vom Aufbruch in Bonn zum Aufbruch auf dem Balkan – 185

Arno Luik
»Nimm doch die Knarre!« – 194

Klaus Bittermann
Krieg und Moral
Die Kriegsregierung und ihre intellektuellen
Bodentruppen – 197

Wiglaf Droste
Über die Sozialdemokraten aller Parteien – 204

Autoren und Texte – 206